

Ethik, globale Wirtschaft und Politik: Was sollen, was können Politiker tun?¹

Andreas Busch
Universität Oxford

1 Einleitung

Als die Veranstalter der Tagung beschlossen, einen Politikwissenschaftler als letzten auf die Liste der Redner zu setzen, haben sie sich sicher nicht der Illusion hingeeben, ich könne alles, was wir gestern und heute an interessanten Dingen gehört und diskutiert haben, zusammenführen und zusammenfassen.

Ich will ein so vergebliches Unterfangen denn auch gar nicht erst versuchen. Stattdessen habe ich einen Satz aus dem Tagungsprogramm zum Aufhänger der Ausführungen genommen, die ich Ihnen in der nächsten knappen halben Stunde präsentieren möchte – dass nämlich „Ethik auch religiöse bzw. weltanschauliche Prägungen [aufweist], die sich auf der Ebene der Wirtschafts- und Sozialordnung in unterschiedlichen Gemeinwohl- und Gerechtigkeitsvorstellungen niederschlagen“.

Die Verfolgung von Gemeinwohl ist etwas, das wir oft mit der Politik in Verbindung bringen. Sie ist befugt, diesbezügliche Entscheidungen zu treffen, da sie – abstrakt und mit David Easton gesprochen – dasjenige gesellschaftliche Subsystem ist, dem die autoritative Allokation von Werten zusteht. Von der Politik erwarten wir, dass ihre Entscheidungen das Gemeinwohl im Auge haben und wenn möglich verwirklichen. Oft endet das in Enttäuschung, weil die Ergebnisse nicht so sind, wie wir uns das erwartet haben – Sie alle haben das Stichwort von der „Politikverdrossenheit“ schon gehört, und Politiker rangieren regelmässig am Ende der Skalen, wenn Umfrageforscher nach Berufen fragen, denen wir vertrauen.

Ich will mit meinen Überlegungen aber nicht die Politiker beraten, sondern mit Ihnen gemeinsam über zwei Fragen reflektieren, nämlich darüber, was

¹ Vortrag, gehalten an der Eröffnungstagung des Zentrums Religionsforschung der Universität Luzern, 29.–30. Juni 2007.

Politiker tun *sollen*, und was Politiker tun *können*. Bei beidem will ich den Fokus auf Fragen der Wirtschaft legen, wie das unser Tagungsthema nahelegt.

In der Frage nach dem Sollen ist natürlich die ethische Komponente enthalten, und ich will Ihnen hier über neuere Diskussionen darüber berichten, welche Leitziele in der Wirtschaftspolitik angestrebt werden sollen. In Grossbritannien ist zu diesem Thema seit einiger Zeit eine interessante Debatte im Gange, die es verdient, über das Land hinaus bekanntgemacht und verbreitet zu werden.

Selbst wenn diese Debatte – was nach aller Erfahrung höchst unwahrscheinlich ist – zu einem Konsens über die anzustrebenden wirtschaftspolitischen Ziele führen sollte, dann würde das – so werde ich im zweiten Teil meines Vortrags argumentieren – dennoch nicht bedeuten, dass Politiker diese einfach umsetzen können. Ich werde Ihnen zur Begründung dieser These ein paar analytische Überlegungen aus der Politikwissenschaft vorlegen und versuchen, sie mit einigen Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit zu illustrieren.

2 Was sollen Politiker ansteuern?

Doch lassen Sie mich, nach diesem kurzen einführenden Überblick, mit dem ersten Teil meiner Überlegungen beginnen: was soll Politik ansteuern?

Wie bereits gesagt, werde ich mich im folgenden auf die Wirtschaftspolitik konzentrieren, und wenn wir fragen, was Politik hier ansteuert, so können wir das relativ einfach beantworten: das Ziel ist eine Steigerung des Volkseinkommens. Übersetzt in die Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung heisst das: Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts, und in der Umgangssprache üblicherweise: Wirtschaftswachstum.

Wirtschaftswachstum bedeutet mehr Einkommen für alle und damit – setzt man eine einigermaßen gleichmässige Verteilung dieses Zuwachses voraus – auch mehr Einkommen für den Einzelnen. Mehr Einkommen, das bedeutet: ein Mehr an Nahrungsmitteln, ein Mehr an Kleidung, grössere Autos, grössere Häuser, mehr Reisen, kurzum: ein Mehr an Konsum.

Dieses Mehr an Einkommen und Konsum ist das Ziel, das Politiker seit langem ansteuern. Gelingt es, dieses Ziel zu erreichen, gilt ihre Politik als erfolgreich und dann, so das Kalkül, wird man sie wiedewählen. Tatsächlich tun die Wähler dies – der statistische Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wiederwahl ist eng –, und Länder werden mit ihren erzielten Wachstumsraten oft wie in einer Fussball-Liga-Tabelle geführt.

Dass ein Mehr an Einkommen und Konsum tatsächlich das Ziel der Politik sein sollte, ist zuerst aus dem Blickpunkt der Ökologie in den 1970er Jahren bestritten worden. Berichte wie der des „Club of Rome“ wiesen auf die „Grenzen des Wachstums“ hin und schlossen, das aus Gründen der Begrenzung von natürlichen Ressourcen fortwährendes Wachstum kein praktikables Ziel von Politik sein könne. Hans Christoph Binswanger in St. Gallen war einer der ersten deutschsprachigen Ökonomen, der dies immer wieder betont hat.

Ein anderer Kritikpunkt am Ziel Wirtschaftswachstum kommt aus dem Bereich der Entwicklungsländerforschung. Hier haben Kritiker wie der spätere Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen schon früh darauf hingewiesen, dass Wachstum (d. h. eine Verbesserung der materiellen Lebensumstände) zwar wichtig sei, aber auch andere Faktoren in Betracht gezogen werden müssen. Das Resultat war der „Human Development Index“, den das United Nations Development Program seit 1990 berechnet. Er berücksichtigt auch Faktoren wie Lebenserwartung und Bildungsgrad durch Variablen wie Alphabetisierungsgrad und Einschulungsgrad. Und dieser Versuch, Lebensqualität in die Messung einzubeziehen, hat weitere entsprechende Indikatoren verschiedener Provenienz nach sich gezogen, vom „Weighted Index of Social Progress“ oder WISP, den Richard Estes von der University of Pennsylvania erstellt, bis zum „Happy Planet Index“ der britischen „New Economics Foundation“.

Doch lassen Sie mich zurückkommen auf die Frage nach der Zielsetzung für Politiker. Wir hatten gesehen, dass das Ziel Wirtschaftswachstum auf der Idee von Wohlfahrtssteigerung durch mehr Konsum und Einkommen beruht. Doch neuere sozialwissenschaftliche Forschung hat diese Verbindung – zwischen mehr Konsum und gesteigerter Wohlfahrt – in Zweifel gezogen.

Einer der führenden Autoren in der neuen Disziplin der „Glücksforschung“ ist der britische Ökonom Richard Layard von der London School of Economics. Er hat über viele Jahre das dortige Zentrum für Arbeitsmarktökonomik geleitet und unlängst ein viel beachtetes Buch geschrieben, das auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Die glückliche Gesellschaft“ vorliegt.

Layard legt in diesem Buch umfangreiche Ergebnisse internationaler empirischer Forschungen vor, die sich mit dem tatsächlichen Zusammenhang zwischen Einkommen bzw. Konsum einerseits und Wohlfahrt bzw. Glück andererseits beschäftigt haben. Die Ergebnisse sind ziemlich ernüchternd: in den letzten 50 Jahren hat sich das um Inflation bereinigte Einkommen in den meisten westlichen Ländern verdoppelt (und zum Teil sogar noch stärker erhöht); doch der Prozentsatz der Bevölkerung, der sich als „glücklich“ oder „sehr glücklich“

beschreibt, stagniert während dieses Zeitraums. Ein Mehr an Einkommen und Konsum hat also *nicht* zu einem Mehr an persönlicher Erfüllung geführt.

Lassen Sie mich das am Beispiel der Vereinigten Staaten illustrieren: dort lag der Anteil der Befragten, die sich als „sehr glücklich“ bezeichneten, im Jahr 1946 bei knapp unter 30 Prozent; dieser Indikator bleibt im Zeitverlauf erstaunlich stabil (mit leichtem Wachstum bis in die Mitte der 1960er Jahre), und schwankt dann um die 30 Prozent-Marke bis zum Jahr 2000 (dem letzten Datenpunkt). Ähnliche Ergebnisse liegen für andere Länder vor, wenn auch z.T. für kürzere Zeitspannen.

Dass das Mass an Glück in diesen Gesellschaften nicht auf das Steigen von Einkommen reagiert, ist erstaunlich, denn in jeder *einzelnen* Gesellschaft variiert Glücksempfinden positiv mit dem Einkommen: in den USA beschreiben sich 45 % im obersten Viertel der Einkommenskala als sehr glücklich, während das im untersten nur 33 % tun; und nur 4 % im obersten Viertel beschreiben sich als „nicht sehr glücklich“, während das immerhin 14 % im untersten Einkommensviertel tun – mithin dreieinhalb mal so viele. Und interessanterweise sind die Menschen im untersten Quartil in den letzten 30 Jahren nicht glücklicher geworden, obwohl ihre Einkommen (ebenso natürlich wie die im obersten Quartil) massiv gestiegen sind.

Haben Politiker also das falsche Ziel anvisiert? Sollten sie die Wirtschaftspolitik umsteuern?

In Grossbritannien ist das schon Gegenstand der politischen Debatte. Oppositionsführer Cameron sagte in einer Rede vor einem Jahr, Politiker sollten sich nicht nur darauf konzentrieren, die Taschen der Bürger mit Geld zu füllen, sondern mehr darüber nachdenken, wie sie deren „Herzen mit Freude füllen“ könnten. Es sei wichtig, die Menschen glücklicher zu machen und den Zusammenhalt und die Stabilität der Gesellschaft zu stärken. Statt auf das Sozialprodukt sollten wir uns auf das „allgemeine Wohlergehen“ konzentrieren.

Der in dieser Woche abgetretene Premierminister Blair hat die ihm unterstellte „Downing Street No 10 Strategy Unit“ schon vor beinahe fünf Jahren über dieses Thema nachdenken lassen. Das Ergebnis der Beratungen in der Ministerialbürokratie war, dass man eine Reihe von Massnahmen skizzierte, die die staatliche Politik in dieser Richtung unternehmen könne: sie reichen von der

- Schaffung eines „Happiness-Index“ über die
- verstärkte Erziehung der Bevölkerung hinsichtlich dessen, was zu Glück führt (denn darüber weiss man eine ganze Menge; scheinbar muss es dennoch stärker ins Bewusstsein gerückt werden); dann eine
- stärkere Förderung einer Balance zwischen Arbeit und Freizeit, bis zu
- höheren Steuern auf hohe Einkommen.

Sie können sich vorstellen, dass zumindest die letzte Empfehlung hoch kontrovers ist, und die meisten gerade aufgeführten Massnahmen sind auch in Grossbritannien noch nicht umgesetzt worden (das Ministerium für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten arbeitet allerdings mittlerweile an der Erstellung eines „Happiness-Index“).

Das deutet darauf hin, dass sich in der Umsetzung des so akzeptabel klingenden Ziels „Glück“ für Politiker dornige Probleme verstecken. Und neu ist das Ziel ja auch nicht: das „Streben nach Glück“ – der „pursuit of happiness“ – war ja schon vor mehr als 230 Jahren eine Grundformel in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Aber wir sollten, wenn wir dieses Ziel betrachten, auch Karl Poppers Mahnung aus seinem Buch über „Die Offene Gesellschaft“ im Ohr haben: dass nämlich der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht das gefährlichste aller politischen Ideale sei und der Versuch, den Himmel auf Erden zu schaffen, stets in die Hölle geführt habe.

Man muss nicht gleich an die grossen totalitären Ideologien des letzten Jahrhunderts denken, auf deren Basis Popper sein Urteil fällte. Kritiker von Layards Überlegungen haben das Wort vom „Glückspaternalismus“ gebraucht, und sie malen das Bild eines Fürsorgestaates, eines „nanny state“, an die Wand, in dem alle möglichen Vorschriften gelten sollen, um das Glück zu erhöhen.

- Wenn eine gute Ehe zu den Hauptpromotoren von Glück zählt, soll man deshalb Scheidung von Staats wegen erschweren oder verbieten?
- Wenn Menschen sich am glücklichsten unter ihresgleichen fühlen, soll der Staat deshalb Einwanderung erschweren oder verbieten?
- Wenn übermässiger Fernsehkonsum und Fernsehwerbung zu Unzufriedenheit beitragen, sollen sie deshalb staatlich reguliert und rationiert werden?
- Und wenn Säkularisierung zum Niedergang allgemeiner ethischer und moralischer Werte beigetragen hat und es Evidenz dafür gibt, dass Religiosität das Glücksempfinden erhöht: folgt daraus, dass man eine Staatskirche errichten und Kirchenaustritte verbieten soll?

Sie sehen anhand dieser wenigen (und bewusst zugespitzten) Fragen, dass meine Frage, was Politik anstuern solle, umso schwieriger wird, je mehr wir uns in die Details begeben. Ich will es dabei für den Moment belassen und mich einer zweiten Frage zuwenden, nämlich der, was Politiker tun *können*.

3 Was können Politiker tun?

Mein Argument wird hier sein, dass Politiker bei weitem nicht soviel Einfluss auf die Ergebnisse von Wirtschaftspolitik haben, wie wir allgemein – und sie vielleicht selbst – glauben.

Ich will dabei in zwei Schritten vorgehen: zum einen möchte ich über nicht-politische Einflüsse auf Wirtschaft sprechen – und einiges wird Ihnen bekannt vorkommen, weil es im Lauf unserer Tagung schon einmal angeklungen ist; zum anderen aber möchte ich auf spezifische Probleme politischen Handelns eingehen, vor allem solche, die sich in internationalen Verhandlungen ergeben. Wir haben es ja gerade wieder beim G-8 Treffen im letzten Monat in Deutschland gesehen: das Problem der wirtschaftlichen Ungleichheit in der Welt ist etwas, das viele Menschen mit Sorge erfüllt und zur Kritik an den Politikern führt. Viele werfen ihnen vor, an der Lösung des Problems gar kein Interesse zu haben. Ich möchte Ihnen aus politikwissenschaftlicher Sicht hierzu ein paar Überlegungen vorbringen, die das vielleicht in etwas anderem Licht erscheinen lassen.

Doch zunächst möchte ich mich den *nicht-politischen Einflüssen auf die Wirtschaft* zuwenden. Max Weber entwickelte seine These vom Einfluss der Religion und Kultur auf die Wirtschaft ja im expliziten Widerspruch zu Karl Marx und dem historischen Materialismus, der die Kausalität genau umgekehrt laufen sah: die wirtschaftliche Basis bestimmte hier die Phänomene des kulturellen Überbaus.

Die massiven Unterschiede in der globalen Wirtschaft, die in den letzten Jahren besonders in das öffentliche Bewusstsein getreten sind, verlangen nach Erklärungen. Doch die Meinungen über die Ursachen gehen weit auseinander. Lassen Sie mich das anhand von zwei Büchern aus den letzten Jahren illustrieren, die beide zu Bestsellern geworden sind; sie versuchen, dieselbe Frage zu erklären, aber ihre Erklärungsansätze könnten kaum verschiedener sein.

Das eine Buch hat den deutschen Titel: „Arm und reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften“ und stammt von dem amerikanischen Geographie-Professor Jared Diamond. Er sieht den Grund für die heute existierenden grossen wirtschaftlichen Unterschiede in einer Umweltdeterminanz biologisch-geographischer Art: die Verfügbarkeit domestizierbarer Tier- und Pflanzenarten hätten den Eurasiern in der Gegend des Zweistromlandes nach der letzten Eiszeit die Errichtung einer landwirtschaftlichen Lebensweise mit Vorratshaltung möglich gemacht; jahrhundertelanger Austausch habe Resistenz gegen Infektionskrankheiten geschaffen; und eine sesshafte Gesellschaft habe die Entstehung fortgeschrittener Technologien wie Feuerwaffen und seetüchtiger Schiffe begünstigt.

Diamond erklärt die wirtschaftliche Dominanz Europas und seiner Besiedlungen in der heutigen Zeit – und somit die globalen ökonomischen Unterschiede – aus der Kombination dieser Entwicklungen.

Das andere Buch ist die Studie des Wirtschaftshistorikers David Landes mit dem Titel „Wohlstand und Armut der Nationen“, die auf nahezu 700 Seiten detailgenau Argumente vorbringt und den europäischen Erfolg mit kulturellen, religiösen und technischen Entwicklungen erklärt. Zu den Faktoren, die in seiner Analyse Erklärungskraft haben, zählen der politische Wettbewerb und die europäische Haltung gegenüber Wissenschaft und Religion.

Wie wichtig solche kulturellen Faktoren zur Erklärung unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung sind, kann man übrigens auch anhand der internationalen Migration deutlich machen: denken Sie nur daran, wie chinesische Immigranten überall zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Bevölkerungsgruppen zählen, ob in den USA, Singapur, Jamaika, oder Indonesien. In den USA hatten chinesisch-amerikanische Familien bereits 1969 ein 12 Prozent höheres Einkommen als die amerikanische Durchschnittsfamilie; im Jahr 1990 war es sogar 60 Prozent höher. Oft gelang dieser Aufstieg in nur zwei Generationen.

Wenn Kultur einen Einfluss auf Wirtschaften hat, kann das noch ein weiteres Element globaler Unterschiede erklären, nämlich das Fehlschlagen auch massiver Versuche zur sogenannten „Entwicklungshilfe“. In den letzten 50 Jahren sind – nach heutigem Wert – insgesamt 2.3 Billionen Dollar (also 2300 Milliarden!) eingesetzt worden, und dennoch stagniert ein Kontinent wie Afrika (in den grosse Teile dieser Hilfe geflossen sind) heute immer noch auf niedrigem Niveau.

Projektionen besagen, dass im Jahr 2015 (also in 8 Jahren!) 68 Prozent (also zwei Drittel!) der Ärmsten der Welt in Afrika leben werden. 1970 waren es nur 11 Prozent, während 56 Prozent der Ärmsten (d.h. Verfügung über weniger als 1 \$ / Tag [UNDP]) in Ostasien und 30 Prozent in Südasien lebten.

Afrika hat also anscheinend ein besonderes Problem, dem mit grossen Mengen von Geld alleine wohl nicht beizukommen ist. So gibt es denn nun auch eine Debatte darüber, ob und wenn ja, was man aus dem Scheitern der bisherigen Bemühungen lernen soll. Hier stehen sich, so will mir scheinen, zwei Lager gegenüber:

- Zum einen das Lager derjenigen, die grosse Lösungen mit enormem Aufwand und einem detaillierten Gesamtplan befürworten – zu ihnen zählt etwa der Ökonom Jeffrey Sachs. In seinem Buch „Das Ende der Armut“ macht er detaillierte Vorschläge, wie mit Hilfe eines Masterplans die Armut in der Welt bis zum Jahr 2025 beendet werden kann. Er berechnet genau,

welche Summen der Westen aufbringen soll; schlägt vor, dass der UN-Generalsekretär persönlich die Tausenden UN-Mitarbeiter aus sechs beteiligten UN-Agenturen, Weltbank und IWF dirigieren soll; wie Energieprobleme durch die Verteilung von Batterie-Aufladestationen gelöst werden können und die Gesundheitsplanung durch speziell programmierte Mobiltelefone, die Daten in Echtzeit übertragen, verbessert werden kann. Neben Jeffrey Sachs zählen auch die Rockstars Bono (von U2) und der mittlerweile geadelte Sir Bob Geldorf (Organisator der Live Aid Concerts vor gut zwanzig Jahren) zu dieser Gruppe. Beim G8-Gipfel im letzten Monat konnte man beobachten, wie sie Druck auf die dort versammelten Politiker auszuüben versuchten.

- Daneben gibt es eine zweite Gruppe, die versucht, aus den Erfahrungen des bisherigen Fehlschlags von Entwicklungshilfe Lehren zu ziehen. Prominente Skeptiker sind hier etwa der frühere Weltbank-Entwicklungsexperte William Easterly oder der Oxforder Entwicklungsökonom und Afrika-Experte Paul Collier. Sie weisen auf die enorme Komplexität des Problems der Unterentwicklung hin und sehen Pläne wie die von Sachs als Fortsetzung der gescheiterten Tonnen-Ideologie der Entwicklungshilfe der letzten Jahrzehnte. Aus diesem Scheitern solle man lernen, fordern sie. Paul Collier, zum Beispiel, fasste unlängst seine mehr als dreissigjährige Erfahrung mit den Problemen Afrikas in dem Buch „The Bottom Billion“ zusammen – auf deutsch etwa „Die Milliarde Menschen am unteren Ende“. Er bezweifelt darin, dass mehr finanzielle Hilfe Afrikas Los verbessern wird. Er sieht die Länder des Kontinents gefangen in einer oder mehreren von vier „Fallen“:
 - der *Konflikt-Falle* (beinahe drei Viertel der afrikanischen Gesellschaften haben gegenwärtig oder unlängst einen Bürgerkrieg ausgefochten);
 - der *Rohstoff-Reichtums-Falle* (die die Entwicklung demokratischer Institutionen durch Paternalismus und Korruption erschwert);
 - der *Falle, keinen Zugang zum Meer zu haben* (was den Handel erschwert, insbesondere, wenn man im Streit mit seinen Nachbarn liegt); und schliesslich
 - der *Falle schlechter und korrupter Regierungen*.

Hilfe, so schliesst Collier, kann nur wirken, wenn sie konkret die Probleme ins Visier nimmt, die ein Land hat; und selbst dann wäre es noch schwierig genug – denn dann würden sich diese afrikanischen Länder in der wirtschaftlichen Konkurrenz mit Ländern wie China, Indien oder Vietnam befinden, Ländern also,

deren Exporterfolge schon den weitaus besser gewappneten westlichen Volkswirtschaften Kopfzerbrechen bereiten.

Lassen Sie mich hier meinen kurzen Exkurs zum Thema Entwicklungshilfe und Afrika abbrechen. Ich wollte damit zwei Dinge illustrieren:

- zum einen, dass (im weitesten Sinne) kulturell zu nennende Faktoren einen deutlichen Einfluss auf die Wirtschaft und den wirtschaftlichen Erfolg haben – Faktoren mithin, auf die Politiker keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss haben;
- zum zweiten möchte ich damit die Schwierigkeiten verdeutlichen, vor denen Politiker stehen, wenn sie Entscheidungen treffen sollen – zum Beispiel etwas tun wollen, was den Menschen in Afrika hilft. Die wenigsten Politiker würden sich zu diesem Thema ein fundiertes Urteil zutrauen – sie müssen sich deshalb notwendig auf Expertenrat verlassen. Was aber, wenn die Experten sich nicht einig sind – welchen Weg soll man dann einschlagen?

Zum Ende meines Vortrages möchte ich nun noch auf ein letztes Problem eingehen, nämlich das der Verbindung zwischen der nationalen Ebene und der internationalen Ebene der Politik. Während die nationale Ebene (zumindest in den meisten Staaten) durch Demokratie gekennzeichnet ist, kommen auf der internationalen Ebene die Regeln der Diplomatie zum Tragen.

Das bedeutet oft lange, komplexe Verhandlungen, denn am Ende kann nur beschlossen werden, was für alle Beteiligten zustimmungsfähig ist. Nehmen Sie als Beispiel die Verhandlungen vor einer Woche auf dem EU-Gipfel über den Nachfolger für den (gescheiterten) Verfassungsvertrag: die Verhandlungen dauerten bis um fünf Uhr früh am Samstag morgen; dabei hatte man sich schon im Jahr 2004 geeinigt, nach langen Verhandlungen, eben auf den Verfassungsvertrag. Doch dann war dieser in Frankreich und Holland in zwei Referenden gescheitert.

Politikwissenschaftler sprechen in diesen Fällen von sogenannten „two level games“, von Spielen auf zwei Ebenen: die eine Ebene ist die der internationalen Verhandlungen; die andere ist die, auf der man für die erreichten Ergebnisse dann „zu Hause“ Akzeptanz finden muss. Der Spielraum kann in einer solchen Situation sehr begrenzt sein, wenn er überhaupt vorhanden ist.

Ich hatte zu Beginn meines Referats vom „Gemeinwohl“ gesprochen – lassen Sie mich nun noch einmal darauf zurückkommen. Was das Gemeinwohl ist, ist oft schwer festzumachen. Nehmen wir ein konkretes Beispiel – die Haltung der schweizerischen Regierung in der gegenwärtigen Welthandelsrunde, der sogenannten Doha-Runde. Handelsschranken sollen fallen, weil mehr Handel zu

mehr Wohlstand führt. Das bedeutet, dass alle Beteiligten an diesen internationalen Verhandlungen Zoll- und sonstige Handelshindernisse abbauen sollen.

Die Vertreter der schweizerischen Industrie sind denn auch sehr für einen solchen Abbau, denn sie würden von der Senkung der Zölle und der Marktöffnung in vielen Ländern profitieren. Nach ihrer Ansicht wäre es schändlich, die Chance auf mehr Wachstum, steigende Beschäftigungschancen, und billigere Produkte verstreichen zu lassen. Ganz anders sehen dies jedoch die Vertreter der schweizerischen Landwirtschaft: diese gehört, Sie werden es wissen, zu den weltweit am stärksten geschützten und subventionierten Agrarwirtschaften: mehr als vier Milliarden Franken gibt die Regierung jährlich dafür aus, und prozentual gesehen ist die Schweiz Spitzenreiter in der OECD bei den Agrarsubventionen, auf einem Niveau (gemessen am bäuerlichen Einkommen), das etwa dem Doppelten des OECD- und EU-Durchschnitts entspricht; eine Abschaffung dieser Subventionen und eine Öffnung des Marktes würde die Einkommen der einheimischen Landwirte vermutlich stark verringern. Entsprechend wehren sich die Interessenvertreter der Bauernschaft ebenso heftig gegen einen solchen Schritt, wie ihn die Industrievertreter befürworten.

Wo liegt nun das schweizerische Gemeinwohl, das in internationalen Verhandlungen repräsentiert werden kann? Und sollte die Tatsache, dass von einer Agraröffnung der Schweiz vor allem arme Länder profitieren würden, bei der Entscheidung eine Rolle spielen? Oder ist es für einen demokratisch gewählten Politiker vor allem wichtig, die Interessen derer zu vertreten, die ihn gewählt haben? Soll das Gemeinwohl also national definiert werden (was schon schwierig genug zu sein scheint), oder soll es global definiert werden? Kann man letzteres überhaupt auf sinnvolle Weise tun?

Ich kann und möchte Ihnen auf diese Fragen keine Antwort geben, aber ich möchte Sie einladen, darüber weiter nachzudenken.

4 Schluss

Lassen Sie mich nun zum Schluss kommen. In meinem Referat habe ich zwei Fragen in den Mittelpunkt gestellt – was Politiker tun *sollen*, und was sie tun *können*. Auch wenn ich beide in der Kürze der Zeit natürlich nicht erschöpfend diskutieren konnte, habe ich Ihnen vielleicht doch die Komplexität deutlich machen können, die sich bei näherer Betrachtung dieser scheinbar so einfachen Fragen ergibt. Es ist für Politiker schwierig, herauszufinden, was sie tun sollen; und was sie tun, unterliegt oft mannigfaltigen Beschränkungen.

Wir sollten uns also vielleicht nicht wundern, wenn die Ergebnisse der Politik oft nicht so sind, wie wir uns das wünschen. Das soll keine Apologie für Politiker generell sein. Stattdessen ist meine Botschaft, *dass es auf einfache Fragen im Bereich von Politik und globaler Wirtschaft zumeist keine einfachen Antworten gibt*. Wenn Sie daraus eine Lehre ziehen wollen, so wäre es wohl die, simplen Slogans und Lösungsvorschlägen gegenüber sehr skeptisch zu sein, die Augen und Ohren offen zu halten, sich selbst so gut es geht zu informieren, und sich eigene Gedanken zu machen.

Das ist sicher oft nicht einfach und führt auch vielleicht nicht zu eindeutigen Ergebnissen. Aber ich denke, dass es vom ethischen Standpunkt aus das richtige Vorgehen ist, und dass wir es der Demokratie schuldig sind.